

Inhalt der Sitzung vom 19.04.2010

TOP Ö 1 Fragen der Bürgerinnen und Bürger

Herr Wolf erinnerte an das im Herbst 2009 angekündigte Energiekonzept von Bürgermeister Schmitt und nannte das Stichwort „Wieslocher Modell“. Er fragte an, wie weit das Konzept ist und regte eine regionale Vernetzung an.

Bürgermeister Jürgen Schmitt informierte, dass Plankstadt letztes Jahr einen Antrag bei der zuständigen Bundesstelle gestellt hat, bisher aber leider nur eine Eingangsbestätigung bekommen hat. Auf die Entscheidung wolle man auf jeden Fall warten, da ein Zuschuss in Höhe von 80 % der Kosten zu erwarten sei. Einer Vernetzung steht auch das Ortsobershaupt positiv gegenüber, doch kann mit dem derzeitigen Grobkonzept noch nicht an die Öffentlichkeit gegangen werden.

Herr Wolf wies darauf hin, dass das Abwarten der Antragsgenehmigung mit einer längeren Zeitdauer verbunden sein könnte.

Er fragte weiter an, ob die Mikrofonanlage im Gemeindezentrum verbessert werden könnte. Ein besseres akustisches Verständnis der Gemeinderatssitzungen für die Bürger erachtete er als wünschenswert.

Bürgermeister Jürgen Schmitt bedankte sich für die Anregung und sagte, dass die Anlage vor vier Monaten überprüft wurde. Dabei wurde ein Mikrofon ausgetauscht. Er räumte ein, dass die Anlage nicht optimal sei, da nicht jeder Platz ein eigenes Mikrofon hat und bat die Gemeinderäte bei Wortmeldungen stets ins Mikrofon zu sprechen, damit ein gutes akustisches Verständnis bei den Zuhörern gewährleistet wird.

TOP Ö 2 1. Einberufung der Jagdgenossenschaftsversammlung; 2. Zustimmung zur Satzung der Jagdgenossenschaft

GR Gerhard Waldecker (PL) signalisierte die grundsätzliche Zustimmung der PL-Fraktion. Er fragte an welche Eigenjagdbezirke gebildet werden sollen, erkundigte sich nach der Kostenaufstellung des Vermessungsbüros Kieser & Dr. Neureither, und wollte wissen, wie viele Jagdgenossen es gibt. Zuletzt erkundigte er sich beziehend auf § 5 der Satzung nach dem Rhythmus der Einberufung.

Bürgermeister Schmitt antwortete, dass man einen Eigenjagdbezirk mit ca. 200 ha habe, das Vermessungsbüro für viele Gemeinden tätig ist und man derzeit noch unter der Kostenschätzung von 5.000 € liegt, sowie dass es ca. 1.000 Jagdgenossen geben wird.

Nach dem man einmal zu Beginn zusammengekommen ist, soll nur noch auf Antrag einberufen werden.

GR Karl Schleich (CDU) sagte, dass es sich hier um eine Formalie handle, die das Gesetz so verlangt und gab die Zustimmung der CDU-Fraktion.

GR Jutta Schneider (SPD) fragte an, ob nur Füchse auf der Gemarkung bejagt werden und fragte nach dem Nutzen im Vergleich zu den entstehenden Kosten. Sie fragte weiter, wie viele Jagdpächter es noch gibt und gab die Ablehnung der SPD Fraktion.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass das Jagdkataster die gesetzliche Voraussetzung ist, um überhaupt eine Jagdpacht vergeben zu können. Er informierte weiter, dass es noch zwei Jagdpachtbezirke gibt.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) erachtete die Materie als sehr kompliziert. Man hätte die Satzung besser im Ausschuss für

Landwirtschaft und Naturschutz vorberaten sollen mit dem Hintergrund, dass die speziellen Belange unserer Gemarkung näher diskutierbar gewesen wären. Man solle erst über die Satzung abstimmen, wenn die Jagdgenossenschaft mit sich einig ist. Der Bürgermeister solle zuerst mit einem Entwurf in die Jagdgenossenschaftsversammlung gehen und sich das Votum in der Genossenschaft anhören. Er forderte, das Verfahren umgekehrt wie geplant durchzuführen. Er gab die Ablehnung der GLP.

Bürgermeister Schmitt antwortete, dass es auch bei dem geplanten Verfahren darum geht, mit den Jagdgenossen den Konsens zu finden und deren Belange zu berücksichtigen. Er bedankte sich für die Anregungen.

GR Sigrid Schüller (GLP) wies darauf hin, dass auf der Karte die B535 fehle.

Bürgermeister Schmitt sagte, dass es sich bei der Karte um die zum Entstehungszeitpunkt, also aktuell, vorhandene rechtliche Grundlage handelt, die noch zu beachten ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen von PL, CDU und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und GLP.

TOP Ö 3 Beschaffung eines Pritschenfahrzeuges mit Doppelkabine für den Bauhof

GR Horst Kolb (PL) war bei diesem TOP befangen und verließ vor der Aufrufung das Gremium.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) bedauerte, dass es diesen Fahrzeugtyp noch nicht als Elektromobil gibt, was er als optimaler erachten würde. Er gab die Zustimmung der PL-Fraktion.

GR Andreas Berger (CDU) gab die Zustimmung für die CDU-Fraktion.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) gab die Zustimmung der SPD-Fraktion und fragte, ob man einen Wartungsvertrag in Betracht gezogen habe.

Bürgermeister Schmitt erklärte, dass man generell selbstverständlich eine Wartung der Gemeindefahrzeuge vornehmen lasse. Es stelle sich jedoch auch die Frage, ob die Fahrzeuge zukünftig nicht früher ersetzt werden sollten, bevor hohe Reparaturkosten anfallen.

GR Sigrid Schüller (GLP) gab die Zustimmung der GLP-Fraktion.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig angenommen

TOP Ö 4 Bekanntgabe der in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.03.2010 gefassten Beschlüsse

Die Bekanntgabe folgender in der letzten nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 22.03.2010 gefassten Beschlüsse erfolgt durch Aushang an der Bekanntmachungstafel des Rathauses

TOP NÖ 1 Einstellung einer/s Auszubildenden für den gehobenen Verwaltungsdienst (Bachelor of arts) 2010

TOP NÖ 2 Einstellung einer/s Auszubildenden für die Verwaltung 2010

TOP Ö 5 Verschiedenes; Bekanntgaben des Bürgermeisters und Anfragen aus dem Gemeinderat

Der Bürgermeister informierte zu folgenden Themen:

Die Bepflanzung der Grünflächen entlang des Bruchhäuser Weg wurde fertig gestellt.

Die Lüftungsanlage in der MZH wurde erneuert und wird in KW 16 in Betrieb genommen.

Die Kleinkindspielgeräte für den Spielplatz in der Bahnstraße werden in KW 17 installiert.

Im Bereich Ringstraße / Paul-Börner-Straße wurden nach einer Ortsbegehung die zur Absperrung an den Pfosten angebrachten Ketten entfernt, da durch diese eine zu große Gefahr für Fahrradfahrer ausging. Die Pfosten müssen hingegen zur Verhinderung der Durchfahrt von PKWs verbleiben.

Am 09.05.2010 finden anlässlich des Europatages in der Partnerstadt Castelnau-le-Lez Feierlichkeiten statt, an denen die Gemeinde Plankstadt, vertreten durch eine kleine Delegation, teilnehmen wird.

Seitens des Gemeinderats wurden folgende Anfragen gestellt:

GR Ulrike Breitenbücher (PL) lobte die Gemeinde für die gepflanzten Frühlingsblumen, die Plankstadt ein positives Erscheinungsbild verleihen. Nachdenklich stimmte sie eine Aussage, nach der die Begrünung der B535 kaputtgehen könnte, weil sie nicht regelmäßig gegossen werde. Außerdem regte Frau Breitenbücher an, bei der Bepflanzung des Lärmschutzwalls an der Ringstraße eine Schneise einzuplanen, um so Kindern im Winter das Schlittenfahren weiter zu ermöglichen.

BAL Boxheimer sagte, dass die Gemeinde auf den Zeitpunkt der Bepflanzung keinen Einfluss nehmen kann, dass es für die ersten zwei Jahre aber eine Entwicklungspflege geben würde. Auf die Schneise möchte er die Zuständigen hinweisen.

GR Jutta Schneider (SPD) fragte an, warum die sechs Ortseingangsschilder, die insgesamt knapp 30.000 EUR kosteten, ohne Vorlage an den Gemeinderat angeschafft wurden. Sie forderte außerdem, eine Aufstellung über die Kosten der neuen EDV-Anlage bis zur nächsten GR-Sitzung.

Bürgermeister Schmitt legte dar, dass die Ortseingangsschilder 2009 für unter 15.000 EUR bestellt wurden und somit, laut Geschäftsordnung, in seinen Zuständigkeitsbereich fielen. Der Bauhof sollte diese Schilder in den Boden einbringen. Aufgrund des Gewichts und anderer Faktoren empfahl der Bauhofvorarbeiter später jedoch für die Schilder ein Fundament zu schaffen. Dies führte zu den zusätzlichen Kosten, deren Höhe auch Bürgermeister Schmitt überraschte. Bürgermeister Schmitt merkte an, dass dies wieder ein gutes Beispiel sei für die Frage, ob der Bauhof oder private Dienstleistungen für die Gemeinde günstiger erbringen.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass sie sich gewünscht hätte im Gemeindemitteilungsblatt eine Ankündigung der Ausbildungsbörse, die an der Schimper-Realschule stattfand, zu finden. Sie fragte, ob es ab Oktober 2010 aufgrund einer gesetzlichen Grundlage eine Pflicht für die Gemeinde zur Krippenbetreuung gibt.

Bürgermeister Schmitt merkte an, dass für die Ausbildungsbörse bei der Gemeinde keine Mitteilung zur Veröffentlichung der Realschule vorlag. Er dankte jedoch für diese Anregung und versprach sich mit der Realschule in Verbindung zu setzen, um künftig auch deren Veranstaltungen bekannt zu machen. Er erläuterte weiter, dass es 2010 keine Rechtsverpflichtung für die Bereitstellung von Krippenplätzen gibt, sondern nach dem KiTaG erst ab 2013.

GR Ulf-Udo Hohl (GLP) erinnerte an seine Anfrage vom 22. März bezüglich einer schriftlichen Bestätigung, dass die Gemeinde Veranstalter des Frühlingsfest ist. Bezüglich der Kosten der Veranstaltung forderte er eine Aufstellung, was durch die Gemeinde und was durch die Sponsoren übernommen wurde.

Bürgermeister Schmitt stellte fest, dass es selbstverständlich sei, dass sich eine derartige Veranstaltung zumindest in den ersten zwei bis drei Jahren nicht tragen kann. Wenn sich das Ereignis dann einmal etabliert habe, sei das etwas anderes.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) verwies auf den aktuellen Bericht der Kliba und ging auf die gesteigerten Stromkosten im Rathaus ein.

Hier informierte der Bürgermeister, dass das auf die zusätzlichen Räume sowie weitere Geräte der EDV-Anlage zurückzuführen sei.

Auch im Bauhof sei der Stromverbrauch stark erhöht, so GR Mende weiter.

Dies ist insbesondere durch die verstärkt notwendige Beleuchtung aufgrund des Wegfalls von Lichtkuppeln im Bauhof zurückzuführen. Derzeit werde ein Austausch der Leuchtmittel gegen energiesparende Lampen geprüft.

GR Mende fragte nach den Gründen für den gesteigerten Wärmeverbrauch im Wasserwerk.

BAL Boxheimer informierte, dass die Tankanzeige defekt war und dadurch fälschlicherweise ein erhöhter Verbrauch signalisiert wurde.